



Regierungsratsbeschluss vom 10. Mai 2016

Grenzüberschreitender Verkehr mit Abfällen; Anhörung über die neue Mitteilung des BAFU als Vollzugsbehörde

P160399

1. Der Regierungsrat genehmigt den vorgelegten Briefentwurf an das Bundesamt für Umwelt (BAFU).

Begründung

Der Regierungsrat unterstützt das Anliegen der neuen Mitteilung des BAFU, mit welcher der grenzüberschreitende Verkehr mit Abfällen effizienter und verständlicher gemacht sowie der administrative Aufwand begrenzt werden soll, bei gleichzeitiger Gewährleistung der notwendigen Kontrollen.

